

Großer Erfolg für GdP und GdP-geführten BHPR DIENSTVEREINBARUNG ZU BODYCAM-EINSATZ



Es ist vollbracht: Am Freitag, den 15. Februar 2019 haben das BMI und der Bundespolizei-Hauptpersonalrat (BHPR) die bundesweit erste Dienstvereinbarung zum Einsatz des digitalen Funkzubehörs Si 500, vereinfacht auch Bodycam genannt, in der Bundespolizei unterzeichnet.

Darin sind Regelungen zum Schutz der Beschäftigten bezüglich der Wahrung ihrer Rechte hinsichtlich der Datenauswertung und einer möglichen Leistungskontrolle festgelegt. Dafür hat die GdP sich von Anfang stark gemacht.

Es war ein langer Weg zu dieser Dienstvereinbarung, da einige Akteure nicht von der Notwendigkeit des Mitarbeiterdatenschutzes überzeugt und zunächst dafür sensibilisiert werden mussten.

Wichtige Punkte der Dienstvereinbarung sind, dass die Mitarbeiter die Aufnahmedateien in einem „Quarantänebereich“ speichern können, der vor dem Zugriff Dritter gesichert ist. Die Dateien dürfen nicht zur Verhaltensüberwachung oder Leistungskontrolle durch Vorgesetzte genutzt werden, eine Nutzung für verwaltungsinterne Ermittlungen ist untersagt. Auch darf der Datenbestand nicht nach biometrischen Gesichtspunkten nach bestimmten Mitarbeitern durchsucht werden.

Besonders wichtig: bei der Herausgabe der Videoaufzeichnungen an Dritte müssen die Daten anonymisiert werden, also Gesichter und Sprachen dürfen nicht auf die Person rückschließen lassen. Das schützt die Mitarbeiter vor identifizierenden Veröffentlichungen in sozialen Medien.

FREIE PLÄTZE IM SEMINAR „FREIE REDE“

Die freie Rede ist die Königsdisziplin der Rhetorik. Der souveränen Wirkung einer/eines Vortragenden, die/der nicht auf Hilfsmittel zurückgreifen muss, kann sich kaum jemand entziehen. Doch wie schaffen es gute Kommunikatoren, ihre Inhalte frei vorzutragen und dabei natürlich und gleichermaßen kompetent zu wirken?

Wie schafft sie/er es trotz Zwischenfragen, immer wieder scheinbar mühelos zum Thema zurückzufinden? Auf diese und andere Fragen gibt das GdP-Seminar „Freie Rede“ Antworten. Der Kurs findet vom 11. bis 13. März 2019 in Bad Bevensen statt. Ursprünglich war das Seminar nur für Mitglieder der JUNGEN GRUPPE

Inhaltsverzeichnis

AUSGABE 2 | 2019

Erfolg für GdP und BHPR Dienstvereinbarung zu Bodycam-Einsatz	1
Für Kurztentschlossene Freie Plätze in „Freie Rede“	1
Luftsicherheit Gespräch mit Abgeordneten	2
Rückführungen GdP-Initiative zeigt Wirkung	2
Referentenentwurf BesStMG GdP fordert Nachbesserungen	3
Tarifrunde der Länder So geht Solidarität	3
Service-Gewinn in MUC Neues DGB Rechtsschutzbüro	4
100 einflussreiche Frauen Buch mit Erika Krause-Schöne	4
GdP beim Staatssekretär Mehr bezahlbarer Wohnraum gefordert	5
KG Bad Bergzabern Politische Gespräche	6
KG Eschwege Austausch mit den „Big Three“	6
Schwarzarbeitsbekämpfung Zoll wird teurer, aber nicht effektiver	7

**FÜR KURZ-
ENTSCHLOSSENE**

bis 30 Jahre ausgeschrieben, nun können sich aber auch ältere Kolleginnen und Kollegen anmelden. Allerdings lautet die Devise: Schnell sein! Anmeldeschluss ist bereits der kommende Montag, 4. März 2019. Anmeldungen bitte per E-Mail an teichert@gdp-bundespolizei.de.

Politisches Gespräch zum Thema Luftsicherheit

GdP TRIFFT SICH MIT BUNDESTAGSABGEORDNETEN

Am Freitag, den 1. Februar 2019 trafen sich Arnd Krummen und Andreas Roßkopf, beide Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft der Polizei Bezirk Bundespolizei, sowie der Münchner Kreisgruppenvorsitzende Sven Armbruster mit den SPD-Bundestagsabgeordneten Arno Klare, Dr. Eva Högl, Mahmut Özdemir, Susanne Mittag und Uli Grötsch zu einem gemeinsamen Gespräch am Flughafen München.

Luftsicherheit aus einer Hand

Hauptthema war „Luftsicherheit aus einer Hand“. Die GdP Bundespolizei setzt sich bereits seit Langem für eine Bündelung aller Luftsicherheits-

aufgaben in einer Anstalt öffentlichen Rechts ein. Zu diesem Thema hat die Gewerkschaft auch aktuell eine Broschüre erstellt, die den Abgeord-



Foto und Broschüre: GdP

neten bei dem Termin übergeben wurde. Diese gibt es auch auf unserer Homepage nach Anmeldung im geschlossenen Mitgliederbereich in der Infothek.

Weitere Themen

Bei dem Gespräch konnte ein großer Konsens gefunden werden. Neben der Luftsicherheit wurden auch Themen wie Lebensarbeitszeitkonten, Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, Wochenarbeitszeit und Wohnraumschaffung in Hochpreisregionen angesprochen, die die Abgeordneten mit in die kommende Innenausschuss-Sitzung mit dem Minister nehmen möchten.



Rahmenbedingungen bei Rückführungen

GdP-INITIATIVE ZEIGT WIRKUNG



Dank der Arbeit des GdP-Bezirks Bundespolizei wurden erste Verbesserungen für die Beamtinnen und Beamten erzielt. Doch wir sehen noch viel Luft nach oben.

Schlechte Rahmenbedingungen

Die Bedeutung von Rückführungsmaßnahmen in der Aufgabenerfüllung der Bundespolizei ist seit den 1990er Jahren stetig gestiegen. Die Politik spricht davon, die Anzahl der Rückführungen noch weiter zu erhöhen. Deutlich seltener wird allerdings über das „Wie“ gesprochen. Die Rahmenbedingungen für die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei, die Rückführungen und Abschiebungen auf der Straße, dem Luft- oder Seeweg durchführen, sind denkbar schlecht: Ungünstige Arbeitsbedingungen, schlech-

te Zeiteinteilung, Überstunden, Druck und kaum Anerkennung der eigenen Arbeit sind nur einige Punkte. Jahrelang hat sich weder das BMI noch die Polizeiführung ausreichend darum gekümmert.

Keine Rückführungen um jeden Preis

Der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mahnt bereits seit Langem an, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Denn: „Wenn man die Zahl der Rückführungen steigern möchte, dann darf man die Rückführerinnen und Rückführer nicht vergessen. Unser Credo lautet nicht ohne Grund: Keine Rückführungen um jeden Preis“, so Jörg Radek, Vorsitzender der GdP für die Bundespolizei.

Es bewegt sich was!

Nach zahlreichen Gesprächen mit

der Politik führte der GdP-Bezirk Bundespolizei daher im Dezember vergangenen Jahres eine Arbeitstagung zu diesem Thema durch. Getreu dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“ wurde zusammen mit Personenbegleitern der Bundespolizei ein Forderungskatalog erarbeitet, der sowohl der Politik als auch den Direktionen vorliegt. Und wie die aktuellen Veröffentlichungen im Intranet belegen, zeigen unsere gewerkschaftlichen Aktionen und unsere Beharrlichkeit Wirkung. Einige unserer Forderungen wurden bereits umgesetzt. „Es bewegt sich was! Doch das ist für uns nur ein erster Erfolg. Wir sind noch lange nicht am Ziel. Es gibt noch zahlreiche Punkte aus unserem Forderungskatalog, die wir ausgestaltet sehen möchten“, so Radek.

Wir bleiben dran!

Referentenentwurf zum Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz (BesStMG)

GdP FORDERT NACHBESSERUNGEN

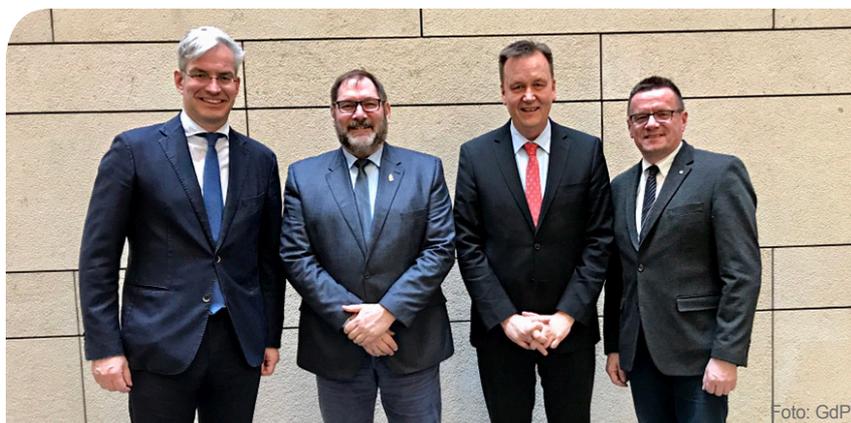


Foto: GdP

Polizeizulage“, sagt Jörg Radek, Vorsitzender der GdP für die Bundespolizei. Daher haben wir nicht nur unsere schriftliche Stellungnahme angegeben, sondern auch das persönliche Gespräch mit der Politik gesucht. Dazu trafen sich Jörg Radek und sein Stellvertreter Sven Hüber am am Dienstag, den 19. Februar 2019 mit den innenpolitischen Sprechern der Regierungsfractionen, Burkhard Lischka (SPD) und Dr. Mathias Middelberg (CDU/CSU).

Seit einigen Wochen liegt der Referentenentwurf des geplanten Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetzes (BesStMG) vor. Es verfolgt das Ziel, dem Besoldungs-, Umzugskosten- und Versorgungsrecht des Bundes und den geänderten Anforderungen an den öffentlichen Dienst – besonders im Hinblick auf den demografischen Wandel und die Digitalisierung – gerecht zu werden.

Schriftliche Stellungnahme

Die Rechtsabteilung des GdP Bezirks Bundespolizei hat dem DGB

eine umfangreiche Stellungnahme zu dem rund 500 Seiten starken Entwurf zukommen lassen. Der DGB seinerseits hat zum 15. Februar 2019 dem BMI seine Einschätzung vorgelegt.

Gespräch mit der Politik

Auch wenn der Entwurf bereits einige erhebliche Verbesserungen enthält, so bleibt er doch in großen Teilen hinter den Forderungen der GdP zurück. „Wir sehen deutlichen Nachbesserungsbedarf, zum Beispiel mit der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der

Thematische Schwerpunkte

Schwerpunktmäßig ging es in dem Gespräch vor allem um die folgenden Punkte, bei denen aus GdP-Sicht im Entwurf zum BesStMG noch nachgebessert werden muss:

- Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- Ein Wohnungszuschuss im Sinne eines Kaufkraftausgleichs
- Abschaffung der Kappung der Höchstgrenze nach § 55 Abs.2 BeamtVG
- Betreuungskosten bei Einsätzen
- Zulage für Rückführungen

Gemeinsam stark

SO GEHT SOLIDARITÄT

Am 6. Februar ging es in die zweite Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder. Die Gewerkschaft der Polizei fordert 6 Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr pro Monat! Eine Delegation des GdP-Bezirks Bundespolizei hat die Kolleginnen und Kollegen der Länder bei der Demo vor dem Kongresshotel in Potsdam unterstützt! Denn: Gemeinsam sind wir stark!



Foto: GdP

Großer Service-Gewinn für GdP-Mitglieder

NEUES DGB RECHTSSCHUTZBÜRO AM FLUGHAFEN MÜNCHEN

Zur Eröffnung des DGB Rechtsschutzbüros am Flughafen in München trafen sich Andreas Roßkopf, Vorstandsmitglied des GdP-Bezirks Bundespolizei, und Sven Armbruster, Vorsitzender der Kreisgruppe München, mit dem Rechtsschutzsekretär Davide Barone sowie der Koordinatorin des DGB Rechtsschutzes Cornelia van Buren.

Für die Dienststelle am Münchener Flughafen, die die größte der Bundespolizei in Bayern im Bereich der GdP-Rechtsschutzbetreuung ist, handelt es sich um einen großen Service-Gewinn. Dank der direkten Anbindung vereinfachen sich Absprachen, Beratungen und auch die Rechtsvertretung für unsere GdP-Kolleginnen und -Kollegen erheblich. Bereits bei den ersten Gesprächen



Foto: GdP

im Rahmen der Eröffnung zeigte sich die hohe Fachkompetenz, die nun mit Davide Barone vor Ort ist. „Wir freuen uns sehr, unseren Kolleginnen und Kollegen am Flughafen in München diesen wichtigen Service direkt vor Ort anbieten zu

können“, sagt Andreas Roßkopf. Das Rechtsschutzbüro ist ein Pilotprojekt des DGB. Mittelfristig könnten weitere Büros dieser Art auch an anderen deutschen Großflughäfen eingerichtet werden.



Foto: GdP

Erika Krause-Schöne in Buchprojekt geehrt 100 EINFLUSSREICHE FRAUEN

Seit Anfang dieses Jahres ist das Buch „Wir haben die Wahl! – 100 Jahre Frauenwahlrecht, 100 Frauen – aktiv für eine starke Demokratie und ein gutes Leben“ auf dem Markt, geschrieben von Ingeborg Wahle und herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung. Am 19. Februar 2019 war die offizielle Präsentation.

In dem Buch kommen 100 einflussreiche Frauen zu Wort. Eine von ihnen ist Erika Krause-Schöne, Polizeibeamtin im gehobenen Dienst und stellvertretende Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei (links). Eine weitere ist Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D. (rechts). Das Buch soll Frauen Mut machen und sie anregen, sich in politische, gesell-

schaftliche und betriebliche Prozesse einzumischen. Denn noch immer sind Frauen den Männern faktisch nicht gleichgestellt. In vielen Bereichen treffen sie noch immer auf nahezu unveränderte patriarchale Strukturen. Um diese aufzubrechen, bedarf es einer enormen Kraftanstrengung, der überparteilichen Solidarität und des gegenseitigen Respekts.

Bestellen

Das Buch ist zum Preis von 19,90 Euro im freien Buchhandel erhältlich oder kann zum gleichen Preis beim Setzkasten bestellt werden: Setzkasten Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf, E-Mail: mail@setzkasten.de, Tel.: 0211 40800900

GdP zu Besuch bei Staatssekretär

MEHR BEZAHLBARER WOHNRAUM GEFORDERT

Am 8. Februar 2019 trafen sich Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei sowie Vorsitzender des Hauptpersonalrats im BMI, und Martin Meisen, Vorsitzender der JUNGEN GRUPPE des GdP-Bezirks Bundespolizei, mit Staatssekretär Gunther Adler in Berlin.

Anlass des Gesprächs war der Austausch über die im Koalitionsvertrag verankerte Intensivierung der Wohnungsfürsorge für Beschäftigte des Bundes, insbesondere für die der Bundespolizei. Die Gewerkschafter wollten zur Hälfte der Legislaturperiode erfahren, wo die Bundesregierung, speziell das Baurecht, steht.

Prekäre Situation in Hochpreisregionen

Sven Hüber erläuterte die prekäre Situation in Hochpreisregionen. Insbesondere für Dienstanfänger mit der Einstiegsbesoldung sind die hohen Lebenshaltungskosten eine große Herausforderung. Ein treibender Grund sind die rasant steigenden Mietpreise in den

Metropolregionen. Er ergänzte, dass allerdings gerade in diesen Regionen Kriminalitätsschwerpunkte liegen und aufgrund der Sicherheitspakete ein Personalzuwachs der Bundespolizei zu erwarten ist. So steigt auch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für die Kolleginnen und Kollegen.

JUNGE GRUPPE-Vertreter Martin Meisen zeigte sich besorgt, ob es der BiMa in naher Zukunft möglich sein wird, alle ihre Bauvorhaben umzusetzen. Schließlich müsse nicht nur der soziale Wohnungsbau angekurbelt, sondern auch die Liegenschaftsinfrastruktur von Bundesbehörden modernisiert werden. „Die jungen Kolleginnen und Kollegen können nicht warten, bis der Maurer endlich die Kelle in die Hand nimmt“, sagte er.

Monetäre Unterstützung als sinnvolle Maßnahme

Staatssekretär Gunther Adler führte aus, dass der Titel für Wohnraumförderung im Bundeshaushalt auf seine Initiative hin in

dieser Legislaturperiode deutlich erhöht worden sei. Dieser Titel soll demnach für den Kauf von Belegrechten von Grundstücken in Ballungsräumen genutzt werden, um hier Wohnraum für Bundesbedienstete schaffen zu können. Er fügte an, dass es mit der neuen Leitung der BiMa bereits konstruktive Gespräche in dieser Hinsicht gegeben hätte.

Neben der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nannten die Gewerkschafter auch monetäre Unterstützungsleistungen nach dem Vorbild des Kaufkraftausgleiches für Auslandsverwender oder Mietzuschüsse als sinnvolle Maßnahmen. „Diese gilt es in Rahmen des Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetzes zu thematisieren um zielgerichtet etwas für die Kolleginnen und Kollegen zu tun“, sagte Sven Hüber.

Ein zeitnaher Folgetermin wurde vereinbart, um sich insbesondere über den Bedarf und die Mitsprache an Belegrechten in den Hochpreisregionen auszutauschen.

Wir bleiben dran!



Foto: GdP

Treffen der KG Bad Bergzabern mit der Politik

ZIELORIENTIERTE GESPRÄCHE BEI GUTEM PFÄLZER WEIN

Am 19. Februar 2019 traf sich MdL und Spitzenkandidatin der CDU RLP für das Europaparlament Christine Schneider (Bild Mitte) mit Vertretern der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Bad Bergzabern und weiteren Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei Bad Bergzabern im Weingut Knöll & Vogel zum gemeinsamen Gespräch.

Der Kreisgruppenvorsitzende Falco Engel (rechts im Bild) freute sich auch seinen Kollegen Sven Hummel von der Landespolizei, Kreisgruppenvorsitzender der GdP Südpfalz, begrüßen zu dürfen.

Zentrale Themen des Gesprächs waren Europa vor Terror zu schützen, die Innere Sicherheit zu stärken sowie die sich im Aufbau befindende deutsch-französische Einsatzeinheit. Da sich Christine Schneider zum Erreichen ihrer politischen Ziele gerne an der Basis informiert, kam ein für beide Seiten sehr konstruktiver Mei-



Foto: GdP / Michael Koch-Erlenwein

nungsaustausch zustande. Angesichts der offenen Binnengrenzen im Schengen-Raum ist ein verlässlicher Schutz der EU-Außengrenzen wichtiger denn je. Es wurde eine sehr kontroverse Diskussion betreffend der Zukunft und Weiterentwicklung von Frontex zur Europäischen Grenz- und Küstenwache mit erweiterten Zuständigkeiten und neuen Befugnissen geführt. Im

Vordergrund stand aber die deutsch-französische Einsatzeinheit, welche sich zurzeit in Bad Bergzabern im Aufbau befindet und in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalig ist.

Auch wurde die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage als Anerkennung für die über viele Jahrzehnte geleistete Polizeiarbeit von Kolleginnen und Kollegen thematisiert.

KG Eschwege beim Neujahrempfang

AUSTAUSCH MIT DEN „BIG THREE“



Foto: GdP / Martin Schilff

Am 7. Februar 2019 wohnte Jan Rauschenberg, GdP- und Personalratsvize aus Eschwege

(im Bild 2. von links), dem alljährlichen Empfang von fünf norddeutschen Bundespolizeibe-

hörden bzw. -dienststellen bei. Der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Daniel Günther, ging in einer sehr polizeifreundlichen Rede auf die gute Vernetzung der Sicherheitsbehörden im Norden der Republik ein. Nebenbei konnte das ein oder andere Eschweger Anliegen direkt an die „Big Three“ der GdP-Bundespolizei herangetragen werden: Martin Schilff (Vorsitzender Bezirkspersonalrat, im Bild links), Sven Hüber (Vorsitzender Hauptpersonalrat, im Bild 2. von rechts) und Jörg Radek (stellv. Bundesvorsitzender der GdP, im Bild rechts).



Neues Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz:

ZOLL WIRD TEURER, ABER NICHT EFFEKTIVER

Am 20. Februar 2019 wurde im Bundeskabinett der Referentenentwurf des Gesetzes zur Bekämpfung von Missständen am Arbeitsmarkt, illegaler Beschäftigung sowie von Kindergeld- und Sozialleistungsmissbrauch beraten. Grundsätzlich begrüßt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) den Vorstoß der Bundesregierung, die Kriminalität auf dem Arbeitsmarkt deutlich stärker zu bekämpfen. Die GdP wies aber bereits in ihrer Stellungnahme im Dezember 2018 die Bundesregierung darauf hin, dass der vorliegende Referentenentwurf dennoch insgesamt halbherzig gemacht ist und einige schwere und teilweise sogar handwerkliche Fehler beinhaltet.

Mängel bei der FKS

So soll der Zoll demnächst mit seiner Einheit Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) auch mit Platzverweisen gegen sogenannte Arbeiterstriche vorgehen, auf denen die Arbeitskraft in unzulässiger Art und Weise in der Öffentlichkeit feilgeboten wird. Obwohl die GdP in ihrer Stellungnahme auf den dafür fehlen-

den Durchsetzungsgewahrsam hingewiesen hat, wird die so in der Praxis untaugliche „Neuregelung“ zur Bekämpfung der Arbeiterstriche unverändert durch das Gesetzgebungsverfahren geschleift. Weitere erhebliche noch bestehende Mängel bei der Verfolgung von derartigen Straftaten werden ebenfalls ignoriert. So müssen die Kolleginnen und Kollegen der FKS weiterhin auf die dringend notwendige Online-Anbindung an die polizeilichen Informationssysteme warten. Die beabsichtigte Stärkung der Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsausbeutung rechtfertigen das genauso, wie die Vielzahl von weiteren Verfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität auf dem Arbeitsmarkt. Notwendige begleitende gesetzliche Regelungen, wie Opfer- oder Zeugenschutz, stehen zwar dem Zollfahndungsdienst, nicht aber der FKS zur Verfügung. Solche Lücken sind Folge der hausgemachten Kompliziertheit unnötiger „Patchwork-Gesetze“ zur Kriminalitätsbekämpfung durch den Zoll.

Kostenintensive Strukturen

Der schwerwiegendste Fehler im vorliegenden Gesetzentwurf ist allerdings die Tatsache, dass immer noch nicht an die kostenintensiven Doppel- und Dreifachstrukturen bei der polizeilichen Bekämpfung von Kriminalität im Zuständigkeitsbereich des Zolls herangegangen wird, die im Zoll, wie die Gesetzgebung auch, dem Prinzip des Patchwork folgt. Die sicherlich auch positiven Aspekte des Gesetzentwurfes sollen durch mehr Personal gesichert werden, deren engagierte Arbeitsleistung dann aber in untauglichen Strukturen verpuffen wird.

Strategische Neuaufstellung

Der Vorsitzende der GdP-Zoll, Frank Buckenhofer, mahnt: „Wer die Kriminalität im Zuständigkeitsbereich des Zolls, wozu auch die auf dem Arbeitsmarkt gehört, wirksam bekämpfen und darüber hinaus die flächendeckende Zahlung des Mindestlohnes sichern will, muss vor allem die Strukturen des Zolls strategisch neu ausrichten und aufstellen. Ansonsten wird der Zoll teurer, aber nicht effektiver.“

Foto: GdP / BZG Zoll

